

## Hinterherlaufen, „hinauskatapultieren“ oder spalten? Zum Verhältnis von Union und FDP nach der Bundestagswahl 1969

Von Andreas Grau

Der Ausgang der Bundestagswahl am 28. September 1969 war sowohl für die Union als auch für die FDP enttäuschend. Obwohl die CDU/CSU mit 46,1 % ein gutes Wahlergebnis erzielt und nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze verfehlt hatte, wurde sie durch die Koalition von SPD und FDP von der Regierungsbildung ausgeschlossen und musste nach 20 Jahren erstmals auf Bundesebene in die Opposition gehen.<sup>1</sup> Die FDP konnte nun mit der SPD eine Koalition bilden und dadurch wieder Regierungsverantwortung übernehmen, aber bei der Wahl hatte sie 3,7 Prozent gegenüber 1965 verloren und war mit 5,8 Prozent in die Nähe der 5 %-Hürde gerutscht.<sup>2</sup> Darüber hinaus stürzte die Bildung einer sozial-liberalen Koalition in Bonn die Partei in eine tiefe Krise.

Zwar hatten die Liberalen die Umorientierung vom Juniorpartner der Union hin zu den Sozialdemokraten in ihrer Oppositionszeit seit 1966 vollzogen und mit dem Hannoveraner Aktionsprogramm von 1967 den neuen Kurs programmatisch und mit dem Wechsel an der Parteispitze von Erich Mende zu Walter Scheel 1968 auch personell vorbereitet. Die Wahl von Bundespräsident Heineemann mit den Stimmen von SPD und FDP im Frühjahr 1969 war dann die erste Bewährungsprobe für die Hinwendung der Liberalen zu den Sozialdemokraten.<sup>3</sup> Das schlechte Abschneiden der FDP bei der Bundestagswahl 1969 schien aber diejenigen Kritiker zu bestätigen, die den neuen Kurs der Partei für falsch hielten und ein Bündnis mit der SPD ablehnten. Schon in der Wahlnacht sprach sich der frühere Parteivorsitzende Mende in den Medien gegen die sich abzeichnende Bildung einer Koalition von SPD und FDP aus, und der bayerische Abgeordnete Josef Ertl forderte sogar den Rücktritt Scheels.<sup>4</sup> Einen Tag später versammelte Mende die Gegner einer sozial-liberalen Koalition in

---

1 Vgl. Wolfgang JÄGER, *Die Innenpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1974*, in: Karl-Dietrich BRACHER u. a. (Hg.), *Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt*, Stuttgart 1986, S. 15. Vgl. zur Bundestagswahl 1969 und den Reaktionen der Union ausführlich: Andreas GRAU, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973*, Düsseldorf 2005.

2 Vgl. Jürgen DITTBERNER, *Freie Demokratische Partei*, in: Richard STÖSS (Hg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Opladen 1986, S. 1352.

3 Vgl. Jürgen DITTBERNER, *Die FDP. Geschichte, Personen, Organisation, Perspektiven. Eine Einführung*, Wiesbaden 2005, S. 52.

4 Vgl. Erich MENDE, *Von Wende zu Wende 1962–1982*, München/Berlin 1986, S. 307.

seinem Bürohaus in Bad Godesberg. Unter den zehn anwesenden Abgeordneten der FDP herrschte Übereinstimmung, dass das Bündnis mit der SPD „noch keineswegs beschlossene Sache sei“.<sup>5</sup> Stattdessen warb Mende in der Presse für die Bildung einer Allparteienregierung bis zum Herbst 1971. Eine SPD/FDP-Regierung, gegen die er auch grundsätzliche Bedenken hatte, hielt er für zu schwach, um die als notwendig erachteten Reformen durchzuführen.<sup>6</sup>

Der Union war die Unzufriedenheit in Teilen der FDP natürlich nicht verborgen geblieben, und sie hoffte, dass die Liberalen schließlich doch ein Bündnis mit der CDU/CSU schließen würden. Noch in der Wahlnacht schickte Bundeskanzler Kiesinger den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Helmut Kohl, mit einem Koalitionsangebot zum stellvertretenden Vorsitzenden der FDP, Hans-Dietrich Genscher.<sup>7</sup> Einen Tag später beschloss das Präsidium der CDU offiziell, mit der SPD und vor allem mit der FDP Gespräche über eine Regierungsbildung zu führen.<sup>8</sup> In der darauf folgenden Sitzung des Bundesvorstandes berichtete Kiesinger, die Führung der FDP strebe zwar eine Koalition mit den Sozialdemokraten an, aber es gebe bei den Liberalen doch „eine ganze Reihe von Leuten, die ganz anders denken und die sich einer solchen Koalition widersetzen werden“. Deswegen rechne er damit, dass sich die FDP-Spitze nicht durchsetzen werde. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Rainer Barzel, war allerdings nicht so zuversichtlich und rief dazu auf, alles zu unternehmen, „um die Mini-Links-Koalition zu verhindern“. Dazu müssten unbedingt Gespräche mit der FDP geführt werden.<sup>9</sup>

Tatsächlich fand am 30. September im Bundeskanzleramt ein Gespräch zwischen der Verhandlungskommission der CDU/CSU unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger und einer FDP-Delegation mit dem Parteivorsitzenden Scheel statt.<sup>10</sup> Dem Koalitionsangebot, das von der Union dabei gemacht wurde, schenkte Scheel jedoch keine große Beachtung. Sein Ziel, die Bildung einer sozial-liberalen Regierungskoalition, war nämlich kurz zuvor in einer gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion der FDP gebilligt worden. Nur Erich Mende, Siegfried Zoglmann, Heinz Starke und Knut von Kühlmann-Stumm sprachen sich gegen ein Bündnis mit der SPD aus.<sup>11</sup> Zu diesen Abgeordneten suchte die Union nun verstärkt den Kontakt. So erhielt Mende am 30. September Besuch von dem mit ihm befreundeten CDU-Abgeordneten Alphons Horten. Wenige Tage später empfing ihn auch Kurt Georg

---

5 EBD.

6 Vgl. „Die Welt“ vom 2.10.1969.

7 Vgl. Daniel HOFMANN, „Verdächtige Eile“. *Der Weg zur Koalition aus SPD und FDP nach der Bundestagswahl am 28. September 1969*, in: VfZ, 3 (2000), S. 523f.

8 Sitzung des Präsidiums der CDU am 29.09.1969; ACDP 07-001-332/1.

9 Sitzung des Bundesvorstandes der CDU am 29.09.1969; ACDP 07-001-018/5.

10 Vgl. Arnulf BARING, *Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel*, Stuttgart 1982, S. 157.

11 Vgl. MENDE (wie Anm. 4), S. 308f.

Kiesinger zu einem Gespräch.<sup>12</sup> Am gleichen Tag fand außerdem noch eine vertrauliche Unterredung Kiesingers mit dem FDP-Abgeordneten Zoglmann statt.<sup>13</sup> Allerdings blieben diese Bemühungen vergeblich, da die Mehrheit der FDP-Fraktion den Kurs des Parteivorsitzenden Walter Scheel unterstützte. Schon am 3. Oktober 1969 stimmte sie bei drei Enthaltungen dem Ergebnis der Koalitionsverhandlungen mit der SPD zu.<sup>14</sup>

Obwohl die Union bei der Wahl wiederum zur stärksten Fraktion geworden war, musste sie jetzt feststellen, ganz vom Wahlverlierer, der FDP, abhängig zu sein. Verärgert über diese Situation erklärte Franz Josef Strauß den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe, dass er es für unerträglich halte, wenn die Verlierer der Wahl „die entscheidenden Figuren bei der Regierungsbildung seien“.<sup>15</sup> Und auf dem kommunalpolitischen Kongress der CDU Nordrhein-Westfalens in Mühlheim/Ruhr bezeichnete es Kiesinger sogar als das Hauptziel der Union, die FDP künftig aus allen Landtagen „hinauszukatapultieren“.<sup>16</sup>

Noch wurde in der Union aber die Hoffnung nicht aufgegeben, den Gang in die Opposition letztlich abwenden zu können. Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag setzte man darauf, dass es SPD und FDP nicht gelingen werde, Willy Brandt zum Bundeskanzler zu wählen. In einem Fernsehinterview erklärte Kiesinger deshalb am 5. Oktober, erst bei der Kanzlerwahl werde sich entscheiden, ob die CDU/CSU in die Opposition gehen müsse.<sup>17</sup> Auch der Fraktionsvorsitzende Barzel meinte, dass er sich erst in der Opposition sehen würde, wenn Brandt zum Kanzler „gewählt werden sollte“.<sup>18</sup> Dessen Wahl am 21. Oktober 1969 zerstörte jedoch endgültig alle Hoffnungen von CDU und CSU. Mit 251 gegen 235 Stimmen bei 5 Enthaltungen und 4 ungültigen Stimmen erhielt Brandt sogar schon im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit.<sup>19</sup> Die Union musste nun auf den harten Bänken der Opposition Platz nehmen.

Doch nicht nur in der Union, sondern auch in der FDP – vor allem in Nordrhein-Westfalen – konnten sich viele nur schwer mit der ersten sozial-liberalen Koalition auf Bundesebene abfinden. Als sich auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP im April 1970 die Vertreter des Linkskurses klar durchsetzen konnten, trafen sich am 25. April 1970 rund 100 national-liberal gesinnte FDP-Mitglieder auf der Hohensyburg bei Dortmund. In einer offizi-

---

12 Vgl. EBD. S. 309.

13 Zeittafel 1966–1969, 2.10.1969; ACDP 01-226-320, NL Kiesinger.

14 Zeittafel 1966–1969, 3.10.1969, Ebd. sowie JÄGER (wie Anm. 1), S. 18.

15 Sitzung der CSU-Landesgruppe am 1.10.1969; ACSP, LG-6.WP.

16 Zeittafel 1966–1969, 16.10.1969; ACDP 01-226-320, NL Kiesinger.

17 Zeittafel 1966–1969, 5.10.1969; Ebd.

18 Interview mit dem WDR am 18.10.1969; ACDP, Pressedokumentation.

19 Sten.Ber. 21.10.1969, S. 8.

ellen Erklärung sagten die Teilnehmer des Treffens, zu dem auch Mende und Zoglmann sowie der Fraktionsvorsitzende der FDP im Landtag von NRW, Heinz Lange, gekommen waren, den linksliberalen und radikaldemokratischen Gruppen in der Partei den Kampf an und bekannten sich zu den bewährten Grundsätzen der FDP.<sup>20</sup> Vor den Landtagswahlen in NRW kam der Hohensyburger Kreis Anfang Juni erneut in Düsseldorf zusammen, um über die Möglichkeiten einer Korrektur des aktuellen politischen Kurses der FDP zu diskutieren.<sup>21</sup> Dieser Kurs war für die Nationalliberalen nach den Landtagswahlen am 14. Juni 1970 natürlich den Hauptgrund für das schlechte Abschneiden der Partei. Während die FDP im Saarland und in Niedersachsen an der 5 %-Hürde scheiterte, verlor sie in Nordrhein-Westfalen 1,9 %. Als Reaktion darauf konstituierte der Hohensyburger-Kreis, darunter Mende und Zoglmann, am 17. Juni 1970 in Wuppertal die National-liberale Aktion (NLA).<sup>22</sup>

Die Aktivitäten des Hohensyburger Kreises und die schlechten Wahlergebnisse für die FDP ließen in der Union wieder die Hoffnung aufkeimen, die FDP würde sich spalten oder die Koalition mit der SPD auflösen. So berichtete Paul Lücke Mitte Juni 1970 dem Fraktionsvorsitzenden Barzel, dass ihm aus der Umgebung von Mende zugetragen worden sei, dieser habe sieben Mitglieder der FDP-Fraktion an der Hand, die bereit wären, Bundeskanzler Brandt zu stürzen. Lücke riet dazu, dieser Nachricht auf den Grund zu gehen und mit dem Informanten ein Gespräch zu führen.<sup>23</sup> Und in einem privaten Gespräch mit dem Vorsitzenden der FDP, Walter Scheel, meinte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will Rasner, die Ergebnisse der Landtagswahlen würden doch zeigen, dass den Liberalen ihre Koalition mit der SPD schlechter bekomme als die früheren Bündnisse mit der Union. Spätestens bei der Bundestagswahl 1973 – wenn irgend möglich schon vorher – werde die CDU/CSU versuchen, die Regierung Brandt abzulösen. In erster Linie solle dies aber durch ein Regierungsbündnis mit der FDP – unter Umständen ohne deren linken Flügel – und nicht durch das Abwerben einzelner Abgeordneter erreicht werden.<sup>24</sup>

Zu einem Kräftemessen zwischen den Anhängern einer sozial-liberalen Koalition und deren Gegnern kam es auf dem FDP-Bundesparteitag, Ende Juni 1970 in Bonn. Das Ergebnis war jedoch mehr als deutlich: Das Verhalten von Erich Mende, der in einer scharfen Rede den neuen Kurs der Partei kritisiert hatte, wurde von den Delegierten mit 233 zu 102 Stimmen missbilligt. Der

20 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 27.4.1970.

21 Vgl. „Die Welt“ vom 8.6.1970.

22 Vgl. MENDE (wie Anm. 4), S. 328; „Die Welt“ vom 18.6.1970.

23 Brief von Lücke an Barzel vom 12.6.1970; BA, Dep. Barzel, N 1371/90.

24 Vermerk Rasners vom 9.7.1970 über Gespräch mit Scheel; ACDP 08-001-455/1.

von ihm eingebrachte Antrag wurde gar nicht erst zur Abstimmung gestellt. In acht Punkten forderte Mende darin u. a. die Ablehnung einer völkerrechtlichen Anerkennung der DDR, die strikte Beachtung des Friedensvertragsvorbehalts und die Vermeidung von Zeit- oder Erfolgsdruck in der Ostpolitik. Walter Scheel wurde hingegen vom Parteitag in seinem Amt als Vorsitzender der FDP mit 298 gegen 64 Stimmen bestätigt. Damit hatte sich der Kurs der Parteiführung erneut durchgesetzt.<sup>25</sup> Obwohl der Versuch, von innen heraus den Kurs der FDP zu korrigieren, somit gescheitert war, gaben dessen national-liberale Gegner nicht auf. Am 11. Juli kamen FDP-Mitglieder aus mehreren Bundesländern erneut auf der Hohensyburg zusammen und gründeten den Bundesverband der National-liberalen Aktion. Laut Satzung, die am selben Tag verabschiedet wurde, verstand sich die NLA als überparteiliche „Gemeinschaft national-freiheitlicher Menschen in der Bundesrepublik Deutschland“. Neben Zoglmann, der zum Vorsitzenden des Vereins gewählt wurde, nahmen noch der Vorsitzende der FDP in Bayern, Dietrich Bahner, und aus Nordrhein-Westfalen die FDP-Abgeordneten Heinz Lange und Franz Mader an dem Treffen teil.<sup>26</sup>

Durch den Bonner Parteitag gestärkt, ging die Führung der FDP daraufhin gegen die NLA vor, die Scheel nur abschätzig als einen Verein von politischen Pensionären bezeichnete.<sup>27</sup> Am 25. Juli 1970 sprach der Bundesvorstand der Partei dem FDP-Bundestagsabgeordneten und Bundesvorsitzenden der NLA, Siegfried Zoglmann, seine Missbilligung aus. Weil Zoglmann jedoch den Aufbau der NLA unvermindert fortsetzte, beantragte der Bundesvorstand Anfang September dessen Parteiausschluss. Als Reaktion darauf kündigten die drei Abgeordneten der FDP-Fraktion im Landtag von NRW, die sich zur NLA bekannten, ihren Austritt aus der Partei an, falls Zoglmann tatsächlich die Parteimitgliedschaft entzogen werden sollte.<sup>28</sup> Nur einen Monat später erklärte der FDP-Landesvorstand von NRW eine gleichzeitige Mitgliedschaft in NLA und FDP für unvereinbar und leitete ein Ausschlussverfahren gegen die Landtagsabgeordneten Lange, Mader und Maas ein. Zugleich wurde die Landtagsfraktion der FDP aufgefordert, die drei umgehend aus der Fraktion auszuschließen.<sup>29</sup> Auf den Ausschlussantrag des Bundesvorstandes reagierte Zoglmann demonstrativ gelassen. Freiwillig werde er

---

25 Vgl. DITTBERNER, *Die FDP* (wie Anm. 3), S. 53; MENDE (wie Anm. 4), S. 328–330.

26 Vgl. Richard STÖSS, *Die Aktionsgemeinschaft Vierte Partei*, in: DERS. (Hg.), *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Opladen 1983, S. 341f.; „General Anzeiger“ vom 13.7.1970.

27 Vgl. „Die Welt“ vom 13.7.1970.

28 Vgl. FAZ vom 7.9.1970 sowie Brief des FDP-Vorsitzenden Scheel an die Partei vom 9.9.1970.

29 Vgl. „Die Welt“ vom 5.10.1970.

nicht die FDP verlassen, und es sei doch auch denkbar, dass das Ausschlussverfahren scheitere.<sup>30</sup>

Anfang Oktober 1970 gab Siegfried Zoglmann jedoch bekannt, dass der Bundesvorstand der NLA die Gründung einer neuen Partei beabsichtige und er in den nächsten Tagen aus der FDP austreten werde.<sup>31</sup> Diesen Schritt vollzog er am 8. Oktober 1970. Zoglmann verließ die FDP und deren Bundestagsfraktion und wechselte zur CDU/CSU-Fraktion, wo er als Hospitant der CSU-Landesgruppe beitrug. Einen Tag später folgten ihm Erich Mende und Heinz Starke. Während Starke ebenfalls Mitglied der CSU wurde, ging Mende zur CDU.<sup>32</sup> Den Entschluss, die FDP zu verlassen, hatten Mende, Starke und Zoglmann bereits Mitte September getroffen. Am 6. Oktober kündigten sie ihren Schritt in der Sitzung der FDP-Fraktion an. Eigentlich sollte noch Knut von Kühlmann-Stumm mit von der Partie sein; der zögerte aber seine Entscheidung noch hinaus.<sup>33</sup> Bevor Mende am 8. Oktober den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Rainer Barzel, aufsuchte und um Aufnahme in die Fraktion bat, hatte er schon Kontakt mit dem Landesvorsitzenden der CDU in Hessen, Alfred Dregger, aufgenommen. Mitte November wurde Mende Mitglied der CDU in Hessen mit der Aussicht auf einen Wahlkreis in der Nähe von Kassel.<sup>34</sup>

Wegen seiner guten Bekanntschaft mit Franz Josef Strauß entschied sich Siegfried Zoglmann hingegen für den Wechsel zur CSU und verlegte seinen Wohnsitz nach München. Da Heinz Starke bereits in Bayern – in Bayreuth – wohnte, ging auch er zur CSU.<sup>35</sup>

Der Fraktionswechsel der drei Nationalliberalen löste in der CDU/CSU-Fraktion ein geteiltes Echo aus. So forderte Kiesinger in der Sitzung des Fraktionsvorstandes am 8. Oktober dazu auf, trotz dessen führender Rolle in der NLA, Zoglmann möglichst unbefangen zu begrüßen, um den Auflösungsprozess der FDP nicht zu gefährden. Wie Barzel ergänzte, sollten die Fraktionswechsler möglichst normal aufgenommen werden und die Fraktion weiter ohne Hektik ihre Arbeit erledigen. Das Verhältnis Zoglmanns zur Fraktion werde er mit diesem in einem Gespräch klären.<sup>36</sup> Auch in der Fraktionsitzung am folgenden Tag erhob sich nur Widerspruch gegen die Aufnahme von Zogl-

30 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7.9.1970.

31 Vgl. „Die Welt“ vom 7.10.1970.

32 Vgl. BARING (wie Anm. 10), S. 398.

33 Vgl. MENDE (wie Anm. 4), S. 339.

34 Vgl. EBD. S. 341. Siehe auch Schreiben von Mende an den Präsidenten des Bundestages vom 12.10.1970 mit der Mitteilung, dass er am 9.10.1970 in die CDU/CSU-Fraktion eingetreten sei; ACDP 01-269-036, NL Mende.

35 Vgl. BARING (wie Anm. 10), S. 397f. und Brief von Starke an Strauß vom 8.10.1970; ACSP, LG-6.WP-116.

36 Vermerk für Stücklen über die Sitzung des Fraktionsvorstands am 9.10.1970; ACSP, LG-6.WP-12.

mann, während es gegen die von Mende und Starke keine Einwände gab. Der CDU-Abgeordnete Mick meinte, aufgrund seines katholischen Glaubens halte er die Mitgliedschaft Zoglmanns in der CDU/CSU-Fraktion für unpassend. Leo Wagner gab zu bedenken, dass Zoglmann dabei sei, eine Partei zu gründen und er dadurch bei Wahlen in Konkurrenz zur Union trete. Mit dem Hinweis, dass die Abgeordneten doch den Ereignissen nicht vorgreifen sollten und ein Hospitantenverhältnis etwas anderes sei als eine Mitgliedschaft, konnte der Fraktionsvorsitzende Barzel diese Bedenken jedoch zerstreuen. Zudem seien die Übertritte nur die Konsequenz der von Brandt und Scheel ausgelösten Konfrontation.<sup>37</sup> Die Abgeordneten der CSU hatten offenbar weniger Probleme mit Zoglmann. Als wegen dessen Aufnahme als Hospitant in die CSU-Landesgruppe nämlich deren Geschäftsordnung geändert werden musste, stimmten die Abgeordneten der Änderung bei nur einer Enthaltung zu.<sup>38</sup>

Seine Pläne zur Gründung einer neuen Partei verfolgte Zoglmann unverändert weiter. So erklärte er in einem Interview mit dem „Spiegel“, er beabsichtige, „auf allen Ebenen“ eine Parteiorganisation aufzubauen. Zuspruch für seine neue „Mitte-Rechts-Partei“ erhoffe er sich vor allem von Nichtwählern, ehemaligen Wählern der NPD und den Vertriebenen. Allerdings konnte Zoglmann weder einen genauen Zeitpunkt für die Parteigründung noch einen konkreten Parteinamen angeben. Und ein Parteiprogramm lag noch nicht einmal im Entwurf vor.<sup>39</sup> Ein erster Versuch des Bundesvorstandes der NLA, Ende November 1970 eine Partei mit dem Namen „Deutsche Union“ zu gründen, musste aus organisatorischen Gründen wieder verschoben werden.<sup>40</sup> Eine Ursache für die Schwierigkeiten der NLA war ihre mangelnde Verankerung außerhalb von Nordrhein-Westfalen. Nach einer Analyse der Bundesgeschäftsstelle der CDU hatte die NLA an Rhein und Ruhr etwa 500 bis 700 Mitglieder und verfügte über einige Kreisverbände. In Niedersachsen gab es zwar einen funktionierenden Landesvorstand der NLA, doch insgesamt nur etwa 100 Mitglieder. Ebenso viele Mitglieder hatte die NLA auch in Baden-Württemberg, wo es aber nur einen kommissarischen Landesvorstand gab. Der bayerische Landesverband der NLA konnte ebenfalls nur einen kommissarischen Landesvorstand aufweisen, und in Hessen stand die Gründung eines Landesverbandes erst noch bevor. In Schleswig-Holstein, im Saarland, in Rheinland-Pfalz sowie in Berlin, Hamburg und Bremen waren überhaupt keine nennens-

---

37 Protokoll der Fraktionssitzung vom 9.10.1970; ACDP 08-001-1021/1.

38 Sitzung der CSU-Landesgruppe am 12.10.1970; ACSP, LG-6.WP.

39 Vgl. „Der Spiegel“ Nr. 42 (1970), S. 32f. Für Mende ging der Trend in der Bundesrepublik hin zu einem Zwei-Parteien-System. Einer dritten Partei gab er deshalb keine Chance. Vgl. Interview Mendes mit dem WDR am 9.10.1970; ACDP, Pressedokumentation.

40 Vgl. FAZ vom 1.12.1970.

werten Aktivitäten der NLA festzustellen.<sup>41</sup> Ein anderer Grund für die Startschwierigkeiten der NLA war sicherlich auch das Wiedererstarken der FDP. Bei den Landtagswahlen in Hessen im November 1970 konnten die Liberalen ihr Ergebnis von 1966 in etwa halten und erreichten 10,1 %. Und in Bayern gelang ihnen erneut der Sprung in den Landtag, wobei mit 5,6 % das Wahlergebnis von 1966 sogar übertroffen wurde.<sup>42</sup>

Anfang 1971 war es jedoch soweit: 90 Delegierte der NLA aus dem gesamten Bundesgebiet versammelten sich am 16. Januar 1971 in Hannover, um über das Grundsatzprogramm der Deutschen Union (DU) zu beraten.<sup>43</sup> In der Präambel des aus 17 Leitsätzen bestehenden Programms wurde als Ziel der DU angegeben, die „freiheitlich-nationalen Kräfte des deutschen Volkes zu sammeln“. Die demokratische Ordnung der Bundesrepublik sollte erhalten und alle dagegen gerichteten Zerstörungsversuche abgewehrt werden. Weiter bekannte sich die DU zur parlamentarischen Demokratie und zur friedlichen Wiederherstellung der deutschen Einheit. In ihren Leitsätzen trat die DU für ein föderativ geeintes Europa und das Recht auf Selbstbestimmung und Heimat ein. Die Zugehörigkeit „des freien Teils von Berlin“ zur Bundesrepublik wurde ebenso unterstrichen wie die Bedeutung der Bundeswehr. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR sei „unannehmbar“. Zur Wirtschaftspolitik enthielten die Leitsätze die Forderungen nach einer „sozial verpflichteten Marktwirtschaft“ und des Rechtes auf Eigentum sowie ein Bekenntnis zum Mittelstand und zu einem „leistungsfähigen Bauernstand“. Außerdem plädierte die DU für ein „bundeseinheitliches Bildungssystem“ und ein garantiertes „Recht auf Gegendarstellung“ in den Massenmedien. Schließlich fiel noch ihr Eintreten für den Umweltschutz und für ein Abschlussgesetz für alle Kriegsfolgelasten auf.<sup>44</sup>

Die CDU lehnte die Gründung der neuen Partei von Anfang an ab. Noch vor dem Austritt Zoglmanns aus der FDP, Anfang Oktober 1970, war man sich im CDU-Präsidium darüber einig, dass an einer Umwandlung der NLA in eine Partei kein Interesse bestehe.<sup>45</sup> Wenige Wochen später wurde sogar beschlossen, die Bemühungen der NLA zur Gründung einer Partei nach Möglichkeit zu verhindern und führende FDP-Politiker zur CDU herüberzuziehen. Allerdings war die Haltung der CSU zur NLA offenbar eine andere. Das Präsidium beauftragte nämlich in der gleichen Sitzung den CDU-Vorsitzenden Kiesinger, einen Brief an den CSU-Vorsitzenden Strauß in dieser Angelegen-

41 Papier der Bundesgeschäftsstelle vom 8.10.1970: Entwicklung und Bedeutung der NLA in den Bundesländern; ACDP 07-004-196/3.

42 Vgl. DITTBERNER, *Freie Demokratische Partei* (wie Anm. 2), S. 1352f.

43 Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 18.1.1971.

44 Vgl. Grundsatzprogramm der Deutschen Union vom 16.1.1971; ACDP, Pressedokumentation.

45 Sitzung des CDU-Präsidiums am 5.10.1970; ACDP 01-226-389, NL Kiesinger.

heit zu schreiben und in Gesprächen das Verhältnis der CSU zur NLA zu klären.<sup>46</sup> Tatsächlich stand die CSU der neuen Partei wohlwollend gegenüber. Schon im Herbst 1970 hatte „Der Spiegel“ berichtet, dass prominente CSU-Politiker sich für eine Unterstützung der NLA aussprechen würden.<sup>47</sup> Die CDU hatte jedoch schon gegen den Namen der neuen Partei und die Abkürzung „DU“ Bedenken. Wie Generalsekretär Heck dem DU-Vorsitzenden Zoglmann im März 1971 schrieb, sei diese Abkürzung „mit unserer Abkürzung CDU so nahe verwandt, dass wir nach dem Parteiengesetz ein Verbot erwirken könnten“. Um einen Prozess und damit verbundene Kosten zu vermeiden, sollte sich die NLA doch „von vorneherein für eine andere Abkürzung entscheiden“.<sup>48</sup>

Die DU hielt jedoch an ihrem einmal gewählten Namen und dessen Abkürzung fest. Allerdings hatte sie weiterhin Anlaufprobleme. Alle Versuche, verschiedene politische Gruppierungen zur Mitarbeit zu bewegen, scheiterten. Offenbar verlief auch der Aufbau des eigenen Parteiapparates schleppend, denn bei den Landtagswahlen in West-Berlin und Schleswig-Holstein im Frühjahr 1971 verzichtete sie darauf, mit eigenen Kandidaten anzutreten. Stattdessen rief die DU in beiden Fällen zur Wahl der CDU auf.<sup>49</sup> Aufgrund dessen fand der offizielle Gründungskongress der DU erst am 12. Juni 1971 statt. Auf dem Kongress wurde von den rund 300 Delegierten nicht nur das Grundsatzprogramm bestätigt, sondern auch Siegfried Zoglmann zum Parteivorsitzenden gewählt.<sup>50</sup> Dem Präsidium der DU gehörten u. a. noch Dietrich Bahner aus Bayern, Heinz Lange aus Nordrhein-Westfalen, Willi Homeier aus Niedersachsen und Rudolf Wollner aus Hessen an. Weil in der SPD und in der FDP „die Kräfte der Revolution“ beständig wachsen würden, so hieß es im Gründungsaufwurf, sei die „Mobilisierung aller abwehrbereiten patriotischen Kräfte“ notwendig. Allein seien CDU und CSU dazu aber nicht in der Lage, weshalb die Gründung der DU notwendig sei.<sup>51</sup> Allerdings bot die DU der Union eine umfassende Zusammenarbeit an, um die sozial-liberale Koalition in Bonn 1973 abzulösen. Wie Zoglmann gegenüber der Presse erklärte, führe er zu diesem Zweck schon seit Monaten Gespräche mit Vertretern von CDU und CSU.

---

46 Sitzung des CDU-Präsidiums am 30.10.1970; Ebd. Wie aus einem Brief von Generalsekretär Heck an Strauß vom 9.12.1970 hervorgeht, fand am 16.12.1970 ein Gespräch zwischen dem Präsidium der CDU und dem Landesvorstand der CSU über die NLA statt; ACSP, LG-6.WP-437.

47 Vgl. „Der Spiegel“ Nr. 43 (1970), S. 31f.

48 Brief von Heck an Zoglmann vom 30.3.1971; ACDP 07-004-196/3.

49 Vgl. STÖSS, *Aktionsgemeinschaft* (wie Anm. 26), S. 342f.

50 Vgl. Manfred ROWOLD, *Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Düsseldorf 1974, S. 311.

51 Vgl. STÖSS, *Aktionsgemeinschaft* (wie Anm. 26), S. 343.

Er habe keinen Grund anzunehmen, dass Strauß der neuen Partei ablehnend gegenüberstehe.<sup>52</sup>

Tatsächlich war es vor der Gründung der DU zu einem Treffen von Zoglmann mit dem CSU-Vorsitzenden Strauß in Augsburg gekommen. Außerdem nahmen an dem Gespräch noch die Landesvorsitzenden der CDU Heinrich Köppler aus NRW, Alfred Dregger aus Hessen und Wilfried Hasselmann aus Niedersachsen teil. Als Ergebnis der Besprechung ging Zoglmann davon aus, dass er sich der Unterstützung durch die Union, insbesondere durch die CSU, sicher sein könne. Durch die Überlassung von drei sicheren Wahlkreisen werde die DU mit Hilfe der Union wohl im nächsten Bundestag vertreten sein. Diese Zusicherung trug sicher nicht unwesentlich zur Gründung der DU bei.<sup>53</sup>

Es war jedoch nicht die Union, sondern in erster Linie Franz Josef Strauß, der diese Hoffnungen Zoglmanns unterstützte. Wie nämlich Hasselmann nach dem Treffen in Augsburg an Dregger schrieb, würde sich die Gründung der DU in Niedersachsen erübrigen. Allerdings sei dort rechts von der CDU „immer noch Luft“, weshalb er Absprachen und Abstimmungen in einzelnen Ländern mit der DU nicht ausschließen wolle. Eigenmächtiges Handeln ohne Abstimmung mit der CDU-Führung komme jedoch „für uns nicht in Betracht“. Die Haltung von Strauß zur DU sei ihm bei der Besprechung „nicht ganz klar geworden“. Zumindest habe er aber zu erkennen gegeben, dass er sich durch ein Nein der CDU „nicht beeindrucken“ lassen werde.<sup>54</sup> In seiner Antwort erklärte Dregger, dass auch er „nicht recht glücklich“ über die Gründung der DU sei. Es sei wohl am besten, zunächst einmal die weitere Entwicklung abzuwarten.<sup>55</sup> Deutlicher wurde Dregger wenig später in einem Brief an den stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DU, Dietrich Bahner. Im Bundesvorstand werde er sich bemühen, „eine Frontstellung gegen die DU“ zu vermeiden, so Dregger. Doch könne er sich „nicht für eine Kooperation von CDU/CSU und DU aussprechen“. In ihrer Zielsetzung, die Regierung Brandt/Scheel abzulösen, stimmten beide Seiten zwar überein, aber er glaube nicht, dass die DU dazu beitragen könne, dieses Ziel besser zu erreichen.<sup>56</sup> In einem Vermerk für Barzel hielt der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Will Rasner, über ein Gespräch mit Hasselmann fest, dass dieser grundsätzlich gegen eine Gründung der DU in Niedersachsen sei. Allerdings wolle er die DU sich zunächst sammeln lassen, um sie vor der Bundestagswahl 1973 dann in die CDU zu überführen. Auch Strauß trete dafür ein, dass sich die neue

52 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 14.6.1971.

53 Vgl. FAZ vom 21.6.1971; „Der Spiegel“ Nr. 26 (1971), S. 26f.

54 Brief von Hasselmann an Dregger vom 10.6.1971; ACDP 01-347-061/2, NL Dregger.

55 Brief von Dregger an Hasselmann vom 14.6.1971; Ebd.

56 Brief von Dregger an Bahner vom 5.7.1971; Ebd.

Partei in Ruhe sammeln könne. Die 1 bis 2 % Stimmen, die die DU bei Wahlen sicherlich bekommen werde, dürften keinesfalls verloren gehen.<sup>57</sup>

Im Sommer 1971 war die Gründung der Deutschen Union ebenfalls Thema in den Führungsgremien der CDU. So sprach sich das Präsidium unmittelbar vor der Gründung erneut gegen dieses Vorhaben aus und lehnte jede Wahlhilfe ab. Auch den Landesverbänden wurden keine Absprachen mit der neuen Partei zugestanden. Die CSU sollte aufgefordert werden, sich gleichfalls von der DU zu distanzieren.<sup>58</sup> Der Generalsekretär der CDU, Heck, hielt die Gründung der neuen Partei sogar für überflüssig und meinte, dass enttäuschte FDP-Wähler doch bei der CDU ihre politische Heimat finden könnten.<sup>59</sup> In der Sitzung des Bundesvorstandes am 5. Juli erklärte der CDU-Vorsitzende Kiesinger zur DU, Präsidium und Bundesvorstand hätten beschlossen, ohne Absprachen in den Wahlkampf zu ziehen, und dabei würde es bleiben. Strauß scheinete sich im Hinblick auf die DU jedoch sehr weit festgelegt zu haben. Allerdings sei zu bezweifeln, ob allein die CSU der DU drei Wahlkreise abtreten könne. Wie Alfred Dregger ergänzte, habe der CSU-Vorsitzende bei der Besprechung mit Bahner in Augsburg die Notwendigkeit der DU betont und die Bereitschaft signalisiert, dieser einen sicheren Wahlkreis in Bayern anzubieten. Er, Dregger, habe sich jedoch gegen die Gründung der DU ausgesprochen und es abgelehnt, einen Wahlkreis in Hessen zur Verfügung zu stellen. Von Hasselmann wurde daraufhin eingewendet, dass in Hessen die Verhältnisse anders seien als in Niedersachsen. Er wolle aktionsfähig bleiben, um die Bundesregierung auch tatsächlich ablösen zu können. Daher wolle er nicht jetzt schon alle Türen für die DU zuschlagen. Diese Taktik hielt Konrad Kraske für falsch. Die CDU müsse im Wahlkampf deutlich machen, dass nur durch die Wahl der Union die Regierung gestürzt werden könne. Je länger das Verhältnis der Union zur DU im Unklaren bleibe, desto eher schaffe man ihr ein Fundament. Deshalb müsse jetzt klargestellt werden, dass die DU keine Zukunft habe. Auch Gerhard Stoltenberg forderte eine klare Haltung zur DU. Die beste Taktik ihr gegenüber sei, den Transfer von der FDP zur CDU zu beschleunigen und Mitgliedern der DU den Weg zur CDU nicht zu versperren. Ein größeres Problem scheinete ihm das Verhältnis der CSU zur DU und der Hospitantenstatus von Zoglmann zu sein. Daraufhin erklärte Barzel, er habe Zoglmann gegenüber klargestellt, dass er nur Hospitant bleiben könne, solange er parteilos sei. Wenn die CDU beschließen, ohne Absprachen in den Wahlkampf zu gehen, dann könne Zoglmann nicht länger Mitglied der Fraktion bleiben. Dadurch werde es auch nicht zu einem Konflikt mit der CSU kommen.<sup>60</sup>

---

57 Vermerk Rasners vom 15.6.1971; ACDP 08-001-056/1.

58 Sitzung des Präsidiums am 7.6.1971; ACDP 01-226-389, NL Kiesinger.

59 Pressemitteilung der CDU vom 16.6.1971; ACDP, Pressedokumentation.

60 Sitzung des Bundesvorstandes am 5.7.1971; ACDP 07-001-A003/4.

Bevor aber CDU und CSU endgültig die Frage einer Unterstützung der DU bei der nächsten Bundestagswahl geklärt hatten, sah es im Frühjahr 1972 so aus, als könnte die Union auch ohne Wahl wieder die Regierungsgeschäfte in Bonn übernehmen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik machte die CDU/CSU-Fraktion am 24. April 1972 vom Artikel 67 des Grundgesetzes Gebrauch und beantragte, an Stelle von Willy Brandt Rainer Barzel zum Bundeskanzler zu wählen. Weil im Laufe des Jahres 1971 und 1972 weitere Abgeordnete von SPD und FDP zur CDU/CSU übergetreten waren, hatte der Antrag große Aussicht auf Erfolg. Darüber hinaus gab es in der FDP-Fraktion immer noch einige Parlamentarier, die der Regierungspolitik in großen Teilen kritisch gegenüberstanden. Trotzdem scheiterte am 27. April 1972 das von der Union beantragte konstruktive Misstrauensvotum: Statt der erforderlichen 249 erhielt Rainer Barzel nur 247 Stimmen.<sup>61</sup> Wie sich später herausstellte, war bei der Abstimmung allerdings Bestechung im Spiel gewesen: Zumindest ein Abgeordneter der CDU hatte gegen Barzel gestimmt und dafür 50.000 DM von der Stasi erhalten.<sup>62</sup>

Wie die Abstimmung über den Haushalt des Bundeskanzlers am 28. April 1972 zeigte, verfügte allerdings auch die Regierungskoalition nicht mehr über eine Mehrheit. Neuwahlen zum Bundestag wurden daher unumgänglich.

In dieser Situation verstärkte die DU wieder ihre Bemühungen, um zu einem Wahlbündnis mit der Union zu kommen. In Briefen an den hessischen CDU-Vorsitzenden Dregger und den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe Stücklen verglich Bahner das Ergebnis der Landtagswahl in Baden-Württemberg im April 1972 mit der Bundestagswahl 1969 und kam zu dem Ergebnis, dass die Union bei der nächsten Bundestagswahl 48,4 % der Stimmen erhalten würde, SPD und FDP zusammen jedoch auf 50,9 % kämen. Bei Kommunalwahlen in Pirmasens sei die DU am 23. April 1972 erstmalig angetreten und habe 2,9–3,2 % erzielen und der FDP etwa 1,5–2 % Stimmen abnehmen können. Genau diese 1,5–2 % seien bei den anstehenden Neuwahlen aber entscheidend. „Lancieren und Absichern der DU ist [daher] notweniger denn je!“<sup>63</sup> In seinem Antwortschreiben teilte Dregger zwar die von Bahner angestellten Hochrechnungen, doch bezweifelte er, ob die DU besser geeignet sei, der FDP Wähler abzunehmen, als die CDU. Durch das Auftreten der DU befürchtete er sogar, dass die Union konservative Wähler verlieren könnte. Jede Wahlhilfe der Union für die DU würde zudem „von den öffentlichen Medien sehr scharf auf’s Korn genommen“ werden und damit schweren Schaden anrichten.<sup>64</sup>

61 Vgl. dazu ausführlich GRAU (wie Anm. 1), S. 281–296.

62 Vgl. Ehrhart NEUBERT, *Ein politischer Zweikampf in Deutschland. Die CDU im Visier der Stasi*, Freiburg i.Br. 2002, S. 117f.

63 Brief von Bahner an Dregger vom 3.5.1972; ACDP 01-347-061/2, NL Dregger und Brief von Bahner an Stücklen, ACSP, LG-6.WP-403.

64 Brief von Dregger an Bahner vom 22.5.1972; ACDP 01-347-061/2, NL Dregger.

Obwohl in Teilen der CSU immer noch ein Wahlbündnis oder das Überlassen von drei sicheren Wahlkreisen zugunsten der DU erwogen wurde,<sup>65</sup> musste die Deutsche Union nach Gesprächen ihres Parteivorsitzenden Siegfried Zoglmann mit Barzel und Strauß Mitte Juni 1972 alle diesbezüglichen Hoffnungen jedoch begraben. Während der CDU-Vorsitzende einem Wahlbündnis mit der DU eine klare Absage erteilte, ließ der Vorsitzende der CSU seinen wohlwollenden Äußerungen keine Taten folgen. Zu konkreten Verhandlungen mit der Splitterpartei war auch er letztlich nicht bereit, um das Verhältnis zur CDU nicht unnötig zu belasten.<sup>66</sup> Anfang Juli erklärte Richard Stücklen dann im CDU-Präsidium, dass die CSU alleine nicht die erforderlichen Direktmandate für die DU zur Verfügung stellen könne.<sup>67</sup> Und im Bundestagswahlkampf ging die CSU schließlich endgültig auf Distanz zur DU. Wie Richard Stücklen gegenüber der Presse bekannt gab, werde die CDU/CSU bei der Wahl versuchen, auch die Stimmen national-liberaler Wähler zu bekommen. Als selbständige Partei habe die DU deshalb keine Chance mehr.<sup>68</sup> Infolgedessen beschloss der Bundesparteiausschuss der Deutschen Union Ende September 1972, für die Bundestagswahl keine eigenen Listen aufzustellen und eine Wahlempfehlung zugunsten von CDU und CSU abzugeben. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass alle „Patrioten in Deutschland“ jetzt dafür sorgen müssten, „dass die sozialistisch liberale Regierung nicht wiederkehrt“. Es gehe allein um die Frage „für oder gegen Brandt“. Dahinter müssten alle anderen Überlegungen zurücktreten.<sup>69</sup>

Bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 zog deshalb nur der Vorsitzende der DU, Siegfried Zoglmann, der auf der CSU-Landesliste abgesichert worden war, wieder in den Bundestag ein. Eindeutiger Wahlsieger war die Regierungskoalition aus SPD und FDP, die deutliche Gewinne erzielen konnte. Der Versuch einer Parteigründung rechts von der Union war damit „gescheitert“.<sup>70</sup> Gleichwohl blieb die DU bestehen. Den Vorsitz hatte weiterhin Zoglmann inne, der auf einem Bundesparteitag der Deutschen Union im Mai 1973 auch im Amt bestätigt wurde.<sup>71</sup>

Der Umstand, dass Zoglmann als Vorsitzender einer mit der Union konkurrierenden Splitterpartei gleichzeitig Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war, löste aber zunehmend Widerspruch innerhalb der CDU aus. So forderte im Frühjahr 1973 die Junge Union Rheinland von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, den DU-Vorsitzenden künftig von ihren Sitzungen aus-

---

65 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 16.6.1972.

66 Vgl. „Die Welt“ vom 23.6.1972.

67 Sitzung des Präsidiums der CDU am 7.7.1972; ACDP 07-001-1405.

68 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 26.8.1972.

69 Presseerklärung der Deutschen Union vom 27.9.1972; ACDP, Pressedokumentation.

70 STÖSS, *Aktionsgemeinschaft* (wie Anm. 26), S. 344.

71 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 21.5.1973.

zuschließen. Die CSU-Landesgruppe solle ihm den Hospitantenstatus entziehen. Denn die erneute Wahl Zoglmanns zum Bundesvorsitzenden der Deutschen Union könne „der Geschlossenheit, dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der Unionsparteien nur schaden.“ Sein weiteres Verbleiben in der CDU/CSU-Fraktion halte die JU Rheinland deshalb „für unvertretbar“. <sup>72</sup> Auch für den ehemaligen Gewerkschaftssekretär Ferdinand Breidbach aus Duisburg war die Mitgliedschaft Zoglmanns in der CDU/CSU-Fraktion „ein besorgniserregender Beitrag zur Desintegration“ der Union. Deshalb forderte er den Fraktionsvorsitzenden Carstens am 1. Juni 1973 auf, Zoglmann den Verzicht auf seinen Hospitantenstatus „eindringlich nahezu legen“. <sup>73</sup>

Offenbar hielt Carstens, der den Fraktionsvorsitz erst kurz zuvor übernommen hatte, das Problem aber nicht für dringend, denn sowohl auf diesen Brief als auch auf einen weiteren vom 22. August 1973 erhielt Breidbach keine Antwort. Daraufhin wandte sich dieser Ende Oktober 1973 wiederum an den Fraktionsvorsitzenden und drohte diesmal damit, das Thema Zoglmann in einer Fraktionssitzung anzusprechen. Zugleich erbat Breidbach vom Justitiar der Fraktion, Paul Mikat, eine rechtliche Stellungnahme zum Hospitantenstatus von Zoglmann. <sup>74</sup> Doch nicht nur Breidbach brannte die Sache auf den Nägeln, sondern am 18. Oktober 1973 forderte ebenfalls der Bundesvorsitzende des RCDS, Gerd Langguth, den Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, auf, etwas in der Angelegenheit Zoglmann zu unternehmen. Abgesehen davon, dass er der Meinung sei, Mitglieder konkurrierender Parteien könnten „nicht gleichzeitig der CDU/CSU-Bundestagsfraktion angehören“, stelle die jüngste Erklärung der DU, sich an den Landtagswahlen in Hessen beteiligen zu wollen, für ihn „einen unwiderruflichen Casus Belli“ dar. Carstens müsse nun „alles in die Wege leiten“, um im Falle einer Kandidatur der Deutschen Union in Hessen die Mitgliedschaft von Zoglmann in der Bundestagsfraktion zu beenden. Daraufhin wurde Carstens nun aktiv und versprach, der Sache nachzugehen. <sup>75</sup>

Schon wenige Tage später fand eine Besprechung von Carstens mit den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktion statt. Dabei wurde festgestellt, dass Zoglmann eindeutig Mitglied der CSU-Landesgruppe sei. Ob er damit aber zugleich Mitglied der CDU/CSU-Fraktion oder nur Hospitant sei, blieb umstritten. Diese Frage sollte jedoch politisch und nicht rechtlich geregelt werden. <sup>76</sup> Carstens selbst wollte diese Entscheidung aber nicht treffen, da der Fall Zoglmann das Verhältnis der CDU zu ihrer bayerischen Schwesterpartei un-

<sup>72</sup> Anlage zum Schreiben des stellvertretenden Landesvorsitzenden der JU Rheinland, Klein, an das Präsidium der CDU vom 29.5.1973; ACDP 08-001-495/2.

<sup>73</sup> Brief von Breidbach an Carstens vom 1.6.1976; Ebd.

<sup>74</sup> Schreiben von Breidbach an Carstens und Mikat vom 25.10.1973; Ebd.

<sup>75</sup> Brief von Langguth an Carstens vom 18.10.1973 und Antwortschreiben von Carstens vom 23.10.1973; Ebd.

<sup>76</sup> Vermerk von Mikat für Carstens vom 23.10.1974; Ebd.

mittelbar berührte. Deshalb schaltete er den CDU-Vorsitzenden Kohl ein, der sich der Sache annahm. Es gelang aber auch Helmut Kohl nicht, die Angelegenheit einer baldigen Lösung zuzuführen, denn Mitte März 1974 beschwerte sich Breidbach wiederum bei Carstens, dass sich in der Sache „noch immer nichts getan“ habe.<sup>77</sup>

Inzwischen hatte der Fall Zoglmann sogar eine neue Dimension angenommen: Am 13. Februar 1974 beantragte der hessische CDU-Abgeordnete Wilfried Böhm den Ausschluss Zoglmanns aus der Fraktion. Als Grund führte Böhm die Kandidatur der Deutschen Union bei einer lokalen Kommunalwahl in seinem Wahlkreis an. Weil diese damit gegen die CDU kandidiere, sei es ihm „nicht zuzumuten“, „gemeinsam mit Herrn Zoglmann weiterhin einer Fraktion anzugehören“. Er selbst habe Zoglmann schon vor längerer Zeit darauf hingewiesen, ohne dass etwas passiert sei. Nach mehreren Gesprächen mit der Fraktionsführung war Böhm allerdings bereit, seinen Ausschlussantrag wieder zurückzuziehen.<sup>78</sup>

Trotzdem behielt Karl Carstens die Sache im Auge: Böhm forderte er auf, ihn über die Kontakte zwischen der CDU und der Deutschen Union während der Kommunalwahl in Nordhessen zu informieren und den Parteivorsitzenden Kohl bat er um ein weiteres Gespräch wegen Zoglmann.<sup>79</sup> Offenkundig waren aber weder Kohl noch Carstens in der Lage, die Angelegenheit DU/Zoglmann zu lösen. Denn im Oktober 1974 beschwerte sich Ferdinand Breidbach bei Carstens, dass das Problem immer noch virulent sei und er „nun nicht länger gewillt“ sei, „in dieser Sache abzuwarten“. Kohl habe doch längst mit Zoglmann gesprochen, antwortete Carstens daraufhin beschwichtigend, und das Gespräch habe einen „zufriedenstellenden Verlauf“ gehabt. In der Zwischenzeit seien auch keine Ereignisse eingetreten, die „dem Inhalt des Gespräches entgegenstehen würde[n]“.<sup>80</sup>

Nur wenige Wochen später erledigte sich der Fall Zoglmann dann von selbst: Nach einer Abstimmungsniederlage im Bundesvorstand der DU, der sich entgegen der Empfehlung des Präsidiums für eine Beteiligung der Deutschen Union an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein aussprach, legte Siegfried Zoglmann am 20. November 1974 den Vorsitz der DU nieder und trat mit weiteren Vorstandsmitgliedern aus der Partei aus. Den Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion teilte Zoglmann diesen Schritt umgehend mit, woraufhin Ferdinand Breidbach sein Anliegen als erledigt ansah.<sup>81</sup>

---

77 Brief von Carstens an Breidbach vom 10.12.1973 und Brief von Breidbach an Carstens vom 11.3.1974; Ebd.

78 Brief von Böhm an Carstens vom 13.2.1974 sowie beiliegende Notizzettel; Ebd.

79 Briefe von Carstens an Böhm und an Kohl vom 19.4.1974; Ebd.

80 Brief von Breidbach an Carstens vom 4.10.1974 und Antwort von Carstens vom 16.10.1974; Ebd.

81 Pressemitteilung Zoglmanns vom 22.11.1974 und Brief von Breidbach an Carstens vom 25.11.1974; Ebd.

Die Führung der Deutschen Union übernahm nach dem Rücktritt Zoglmanns Dietrich Bahner, der das weitere Schicksal der DU aber als ungewiss bezeichnete und ihr Aufgehen in einer anderen Partei andeutete.<sup>82</sup> Unter maßgeblicher Beteiligung Bahners schlossen sich am 18. Oktober 1975 neun konservative Splitterparteien – darunter in Teilen die DU – zur Aktionsgemeinschaft Vierte Partei (AVP) zusammen. Ziel der Neugründung war es wiederum, Wähler rechts von der Union zu sammeln und so CDU und CSU zu einem Sieg bei der Bundestagswahl 1976 zu verhelfen. Da aber Fehler bei der Aufstellung der Landeslisten gemacht wurden und zudem noch gefälschte Unterschriftenlisten auftauchten, wurde die AVP in verschiedenen Ländern nicht zur Wahl zugelassen. Damit blieb auch dieser Versuch, eine neue national-bürgerliche Partei zu gründen, erfolglos.<sup>83</sup>

---

82 Vgl. „Die Welt“ vom 22.11.1974; STÖSS, *Aktionsgemeinschaft* (wie Anm. 26), S. 344.

83 Vgl. EBD. S. 351ff.